

Dresdner Volkszeitung

Hauspostamt: Dresden, Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Alstadt.

Abonnementpreis einschließlich Portogeld monatlich 46,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Verlagsleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareilzeile 6,00 M., Familienanzeigen 6,50 M., die 9 gespaltene Kleinzeile 35,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefverbreitung 2 M.

Nr. 179

Dresden, Donnerstag den 3. August 1922

33. Jahrg.

Die Folgen des Ultimatums

Unauffhaltsamer Sturz der Mark — Ruhige Entschlossenheit in Berlin — Englands Note über die alliierten Schulden

Gestern ist der Dollar glücklich auf 778 hinaufgestiegen. Die Noten Poincarés haben ihre Wirkung getan und die Spekulanten auf den großen Börsen im In- und Ausland haben das ihrige dazu beigetragen, um die Mark zu entwerten. Dabei ist gar nicht abzusehen, wann die Aufwärtsbewegung des Dollars zum Stillstand kommt. Vielleicht steht schon binnen wenigen Tagen der Dollar auf 1000, 2000. Niemand kann es wissen. Ist es doch kein Wunder, daß der Dollar jetzt so stark steigt, das Wunder war viel mehr, daß die Mark nicht schon längst in viel höherem Maße gesunken ist. Viele Milliarden deutsche Mark sind im Ausland im Umlauf. Nur ein geringer Teil dieser Markbeträge wird wirklich zu Zahlungen an Deutschland gebraucht. Wenn sich dieser Teil der Mark noch einigermaßen gehalten hat, so nur deshalb, weil sie internationales Spekulationspapier war, weil sehr viele Leute im Ausland Mark gekauft haben, nicht weil sie sie zu Zahlungen nach Deutschland brauchten, sondern um zu spekulieren, in der Hoffnung gelegentlich beim Wiederverkauf der Mark Gewinne zu erzielen. Unter diesen Umständen muß ein Streik der ausländischen Spekulanten gegen die Mark unsere Valuta ins Bodenlose sinken lassen.

Poincarés Drohungen haben dazu geführt, daß viele Markbesitzer im Ausland versuchen, um jeden Preis ihre Markbestände abzustufen, weil sie fürchten, daß die Mark noch mehr sinkt. Daß es für die Entwertung einer Valuta noch unten eine Grenze überhaupt nicht gibt, zeigt das österreichische, das polnische und russische Beispiel. Ist doch in Wien der Dollar bis über 40 000 Kronen gestiegen, wie ja überhaupt die Vorgänge in Oesterreich zeigen, wohin auch bei uns die Fahrt geht.

Die Wirkung des Marksturzes auf die Lage der breiten Massen unseres Volkes muß verhängnisvoll sein. Mit rasender Schnelligkeit folgen jetzt auch die Inlandspreise dem Dollarkurs. Wenige Stunden nach dem Bekanntwerden eines höheren Dollarkurses sind auch die Preise für Margarine und andre wichtige Bedarfsgegenstände in den Läden schon höher. Ähne und Gehälter können nicht mehr mit. So schnell können die Gewerkschaften gar nicht die Verhandlungen über neue Lohn- und Gehaltssteigerungen zum Abschluß bringen, wie der Dollarkurs und mit ihm die Preise steigen.

Sonders verhängnisvoll wirkt die schnelle Entwertung unseres Geldes auf die Preise, die auf ein festes Einkommen angewiesen sind, wie die Rentner. Seht die Markentwertung weiter, so ist die Zeit nicht fern, wo der Markmillionär, wenn er sein Geld in festverzinslichen Papieren angelegt hat, Armenunterstützung in Anspruch nehmen muß. In erster Reihe hat natürlich die unsinnige Wiedergutmachungslos die Vorbereitungen für den Sturz der Mark geschaffen. Daß daneben auch eine verfehlte deutsche Wirtschaftspolitik viel dazu beigetragen hat, die Mark herunterzuwürdigen, das ist an dieser Stelle oft genug ausgeführt worden. Wir hatten es viel zu eilig mit der Aufhebung der Zwangswirtschaft. Wenn auch die Blockade gefallen war, so wußte man doch, daß das deutsche Volk seinen Einfuhrbedarf zunächst aus außerst eingeschränkten Mitteln, weil ihm die Mittel zur Bezahlung einer großen Einfuhr fehlten.

Gerne müssen wir uns leider darüber klar sein, daß der Regierung im Augenblick kaum wirksame Mittel zur Verfügung stehen, um einen weiteren Sturz der Mark und der damit verbundenen Preissteigerung im Inland entgegenzutreten. Mit Maßnahmen gegen die Börsenspekulation kann nicht viel ausgerichtet werden. Das zeigt uns auch das österreichische Beispiel.

Helfen kann uns nur eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage und eine Wirtschaftspolitik, die endlich einmal der Lage Deutschlands genügend Rechnung trägt. Dabei darf aber nicht verkannt werden, daß eine solche Politik nur möglich ist, wenn endlich die große Mehrheit des Volkes erkennt, daß wir in der bisherigen Weise nicht weiter wirtschaften können und die Beschränkung bereit ist, sich diejenigen Einschränkungen aufzulegen, die nun einmal notwendig sind, wenn wir unsere Einfuhr so vermindern wollen, wie das im Interesse des Landes unserer Valuta erforderlich ist.

Die neue Drohnote Poincarés hat in Berliner maßgebenden Kreisen keine Ueberstärkung in der Behandlung der schwebenden Fragen hervorgerufen. Die Regierung trat in den ersten Nachmittagsstunden bereits zu einer Besprechung der Note und im Zusammenhang hiermit zu einer Besprechung der Gesamtsituation zusammen. Das Kabinett war übereinstimmend der Auffassung, daß nach wie vor ein Grund zur Milderung der Auffassung, die in der letzten Note an die französische Regierung wiedergegeben wurde, nicht besteht und infolgedessen eine Begleichung der französischen Forderungen zu dem angegebenen Termin nicht in Frage kommen kann.

Wenige Stunden nach der Kabinettsitzung fand unter dem Vorsitz des Reichsfänglers eine Beratung sämtlicher Parteiführer, ausschließlich der Kommunisten, statt. In dieser Besprechung äußerten sich die Parteiführer über die Wirkung der Note auf die innerpolitische Lage Deutschlands. Ueber einstimmend wurde betont, die gegenwärtige Situation fordere keine überstürzten Beschlüsse, sondern Ruhe und Entschlossenheit in der Führung der deutschen Reichspolitik.

Die Reparationskrise

Das Zusammentreffen der beiden Noten Poincarés und Lloyd Georges, die eine an Deutschland, die andre an die alliierten Staaten gerichtet, kennzeichnet die Tatsache, daß aus der Reparationskrise eine Krise der internationalen Zahlungen geworden ist. Mit überwiegender Eile hat Poincaré an Deutschland geantwortet, er bestrebe auf der Grundlage des Ultimatums bis zum 15. August die 40-Millionen-Rate für die Ausgleichszahlungen leisten werde. Er hat sich nicht einmal einen Tag dazu Zeit genommen, um die Antwort zu formulieren. Somit hätte er wohl nicht in der Höhe des Gebots festgelegt, daß die Abänderung des Ausgleichsabkommens nur durch einstimmigen Beschluß der vertragsschließenden Mächte möglich ist. Gibt er doch damit zu, daß der Einbruch Frankreichs gegen die deutschen Forderungen erst rechtswirksam werden kann, wenn unter den interalliierten Mächten eine Aussprache über das deutsche Verlangen herbeigeführt worden ist. Das ist der Tatbestand, wie ihn sich z. B. Belgien in seiner Antwortnote an Deutschland zu eigen gemacht hat, indem es erklärt, die Ausgleichszahlungen nur im Zusammenhang mit der Reparationsfrage im allgemeinen behandeln zu können.

Die Drohungen, die Poincaré trotz diesem Zugeständnisse an Deutschland richtet, stehen also in einem logischen Widerspruch mit seiner eigenen Feststellung. Aber die Weltgeschichte wurde und wird nicht mit Logik gemacht, sonst wäre der Versailles Vertrag längst als ein feines Papier zu den verborgenen Akten der Weltgeschichte gewandert. Und darum muß die deutsche Regierung die französischen Drohungen

gen auffassen als das, was sie sind, nämlich als eine Ankündigung von wirtschaftlichen Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland. Welcher Art diese sein solle, verschweigt die französische Note. Sie besteht bis zum 5. August mittags auf der Erklärung Deutschlands, daß wir am 15. August die 2 Millionen Pfund Sterling zahlen werden. Auffallend ist die französische Forderung deswegen, weil Deutschland in seinem Antwortschreiben ja gar nicht erklärt hat, daß es nicht zahlen will, sondern sich darauf beschränkte, mit aller Eindringlichkeit die Tatsachen zu verzeichnen, die es ihm unmöglich machen, die Devisen für die Ausgleichszahlungen dauernd aufzubringen. Dafür hat Poincaré kein Wort der Erwidrerung gefunden.

Deutschland könnte vielleicht mit dem Aufgebot letzter Kraft und durch Inanspruchnahme ausländischer Kredite dieses eine Mal noch die Rate leisten, wenn es nur darauf ankäme, das Großmaul eines toll gewordenen, aber mächtigen Wichtigtuers zu stopfen. Aber mit der vorbehaltenen Zahlung würde es die Ausgleichszahlungen grundsätzlich als erträglich anerkennen, und das kann es nicht mehr, nachdem infolge der französischen Drohungen die Mark wieder einmal zu einem Ruiner ohne Wert im internationalen Zahlungsverkehr herabgesunken ist. Es bliebe also der deutschen Regierung im besten Falle der Ausweg, die 40 Millionen zu leisten unter der Erklärung, daß für fernere Zahlungen dieser Art keinerlei Gewähr mehr übernommen werden kann und daß letzten Endes — entsprechend der Aufforderung Poincarés — die Interalliierten untereinander auch für die Ausgleichszahlungen eine Regelung treffen, wie sie jetzt für die Reparationszahlungen als unabweisbar anerkannt wird.

Eine solche Haltung Deutschlands scheint uns so mehr geboten, als die Krise der internationalen Zahlungen sich ja nicht nur auf die Ausgleichszahlungen erstreckt, obgleich Frankreich, das mit der Aufstellung der Büten seiner Gußwaren sich so unglaublich viel Geld genommen hat, davon im Augenblick am schwersten betroffen zu sein droht. Lloyd George hat in seiner Note unzweifelhaft erklärt, daß eine Regelung der internationalen Schuldverhältnisse unvermeidlich sei und hat dabei sehr deutlich durchblicken lassen, er müsse jetzt von Frankreich endlich einmal Zinsen und Rückzahlung

Die bayerische Antwort

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 3. August. Der bayerische Gesandte von Preger hat heute mittag um 12 Uhr dem Reichspräsidenten folgende Note als Bayerns Antwort auf den Brief des Reichspräsidenten an den bayerischen Ministerpräsidenten übergeben:

„Hochverehrter Herr Reichspräsident!

Eure Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 27. Juli 1922 stellt eine Verhängnisvolle über die schnelle Beilegung des Streitfalles zwischen dem Reich und Bayern aus Anlaß der gesetzgeberischen Maßnahmen zum Schutze der republikanischen Staatsverfassung an. Zum Wohl unseres deutschen Volkes und Landes wünschen Sie die Aufhebung der bayerischen Verordnung vom 24. Juli 1922 auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 Satz 2 der Reichsverfassung vermieden zu sehen. Für diese aus staatsmännischen Erwägungen entspringende Auffassung weiß Ihnen die bayerische Regierung aufrichtiges Dank, denn auch sie erblickt in der Aufschaltung des Zwanges die einzige Möglichkeit, den Streitfall ohne Schaden für das deutsche Vaterland zu schlichten. Wenn das Schreiben vom 27. Juli den Standpunkt vertritt, daß die bayerische Verordnung der verfassungsmäßigen Grundlage entspreche, so vermag ich dem nicht beizupflichten. Ich muß mir an dieser Stelle verfassungsrechtliche Ausführungen vorbehalten, um so mehr, als eine bloß formale rechtliche Entscheidung keine Lösung einer Frage bringen könnte, deren wesentliche Beantwortung auf politischem Gebiet liegt.

Die Verordnung ist eine Abwehrmaßnahme, zu der die bayerische Regierung als die verantwortliche Stütze der verfassungsmäßigen Ordnung innerhalb ihres Gebietes durch die klare Erkenntnis eines staatlichen Notstandes gezwungen worden ist.

In der Tat sind trotz ihrer Vorstellungen und Warnungen wichtige bundesstaatliche Souverätsrechte durch die neuen Gesetze verletzt worden. Diese Verletzung ergibt sich aber auch aus der tiefgehenden Erregung weiteiler, von treuer deutscher Gesinnung erfüllter Kreise des bayerischen Volkes über den Vollzug dieser Gesetze, eine Erregung, die fortgesetzt in zahlreichen Kundgebungen von Angehörigen aller Schichten und aus allen bayerischen Gebieten in Süd und Nord, wie aus der Pfalz Ausdruck findet. Sollte die Verordnung, sei es schließlich beseitigt, sei es durch eine unbefriedigende, im Reime neue Bewegungen hergebende Richtung ersetzt werden, so würde in ganz Bayern ein Zustand der Beunruhigung eintreten, für den die bayerische Regierung auch vom Standpunkt des Reichswohls die Verantwortung nicht übernehmen könnte. Vielmehr erfordert es der Ernst dieser Lage vom Standpunkt der politischen Betrachtungen, daß eine Rechtslage geschaffen wird, die auch unsere Staatsnotwendigkeiten entspricht. Hierzu die Hand zu legen, ist die bayerische Regierung jederzeit bereit. Sie hat den bringenden Wunsch, über die Beilegung des jetzigen Falles durch die Bundesversammlung zu entscheiden, zu betonen und damit den Beziehungen zwischen Reich und Bayern zu klären.

Die Stimmung des bayerischen Volkes wird hauptsächlich von der Befürchtung geleitet, die Weimarer Verfassung könnte so ausgesetzt werden, als erzwungene sie die schrittweise Beseitigung der Souverätsrechte und der Staatlichkeit der Länder. Sie haben, sehr geehrter Herr Reichspräsident, sowohl bei Ihrem letzten Aufenthalt in München als auch bei Ihrem Schreiben, den Entschluß, die Staatlichkeit der Länder zu schützen, klar ausgesprochen. Das bayerische Volk erkennt dies mit Befriedigung an und vertraut, daß es durch Ihre tatkräftige Hilfe einen Weg finden kann, um eine entsprechende Sicherung für die Zukunft zu erhalten, und zwar durch Verfassungen, die eine dauernde Bürgschaft dafür bieten, daß Souverätsrechte der Länder nicht ohne deren Zustimmung beseitigt oder eingeschränkt werden können.

Zum Schluß darf ich der Ueberzeugung Ausdruck verleihen, daß gerade die Rat der Gegenwart und des künftigen Lebens gesellschaftlich dazu führen sollte, das ganze deutsche Volk in seinen einzelnen staatlichen Gruppen und aus eigener Bestimmung heraus zur freudigen Mitarbeit an den Aufgaben des Staates heranzuziehen.

Regierung und Volk in Bayern sind auch ihrerseits ernstlich gefaßt, das deutsche Reich vor Erschütterungen zu bewahren, die zu vermeiden gerade in dieser Zeit außerpolitischer Spannung gemeinsame Pflicht ist.

Mit der Versicherung ausgeschiedener Hochachtung
v. Graf Berchthold

Reaktionäre Frechheit

Der nationalistische Führer Giller ist aus der Haft entlassen worden, obwohl er wegen Landfriedensbruchs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Nach seiner Haftentlassung hat Giller sofort eine Verammlung veranstaltet, in der er die Versammlung zum Eintritt in seine Terrororganisation aufforderte. Giller ist Oesterreicher, aber die bayerische Regierung wagt nicht, ihn aus Bayern auszuweisen. Giller sagt in seiner Rede sogar, daß der bayerische Innenminister Dr. Schwegler sich versehen möge, wenn er nicht einmal aus Bayern ausgewiesen werden wolle. Der literarische Kopfsteher der antisemitischen Bewegung, Siegfried Ehrhart, äußerte, daß er persönlich den Terroristen jenseit würde, wenn man Giller ausweisen sollte, da ihm etwas passieren. Diese Bemerkung tief in der Verfassungsmäßigkeit hervor.

Um den Staat zu wahren, hat die bayerische Regierung in einem Erlaß die Behörden angewiesen, Strafanzeige gegen die Personen zu erstatten, die der Aufreizung zu Gewaltthaten gegen die Juden überführt worden sind. Die Nationalsozialisten betonen diesen Erlaß natürlich als einen großen Sieg.